06. November 2023

Jochen Kopelke, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Die Behörden hatten diese Demonstrationen des Wochenendes hier in Deutschland rund um den Nahostkonflikt genehmigt, zum Teil unter strengeren Auflagen als zuvor, denn gerade auf Solidaritätsdemos für Palästinenser war es in den letzten Wochen immer wieder zu Gewaltaufrufen oder antiisraelischen oder antisemitischen Äußerungen gekommen. In Essen hatten am Freitag Teilnehmer bei einer propalästinensischen Kundgebung laut Augenzeugen die Einrichtung eines Kalifats gefordert. Zudem soll Unterstützung für die am Donnerstag verbotene Palästinenser-Netzwerkorganisation Samidoun skandiert worden sein.

Am Telefon ist Jochen Kopelke. Er ist Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Guten Morgen, Herr Kopelke.

Jochen Kopelke: Schönen guten Morgen.

Engels: Welche Bilanz ziehen Sie als Polizeigewerkschaft nach diesem Wochenende mit diesen vielen Demonstrationen, wo auch viele Beamte im Einsatz waren?

Kopelke: Ja, viel Einsatz für uns Polizisten, Dauereinsatz, aber auch Festnahmen von Straftätern, und wie zu erwarten hat das Verbot von Hamas und Samidoun Auswirkungen auf den Zulauf und auf die Themen in diesen Versammlungen gehabt. Sehr arbeitsreich für uns Polizisten.

Engels: Gerade in Essen sind womöglich – das wird noch geprüft – Transparente gezeigt worden, die verbotenen Symbolen und Zeichen des Islamischen Staates und der Taliban ähnelten. Nun überlegt Innenminister Reul von Nordrhein-Westfalen, neben der Strafverfolgung dieses konkreten Vorgangs auch künftig die Auflagen für solche Demonstrationen erneut zu überprüfen. Welche Auflagen würden Sie denn aus Ihrer polizeilichen Praxis für sinnvoll erachten, damit Sie das überhaupt noch handeln können?

Kopelke: Die zuständigen Versammlungsbehörden können im Vorfeld und müssen im Vorfeld Auflagen erlassen. Wenn Sie die großen Gruppen, die großen Aufzüge sehen, dann kann ich Ihnen aus der Polizeipraxis sagen, für uns ist es einfacher, stationäre kleine Kundgebungen, wenn nur an einem Hauptbahnhofausgang gestanden werden darf. Dann können wir viel besser arbeiten. Deswegen kann man das begrüßen, was Innenminister Reul vorhat – und der Appell am Wochenende von mir war auch, alle Versammlungsbehörden müssen restriktiver sein und mehr Auflagen erlassen. Diese Aufzüge durch deutsche Städte darf es so nicht mehr geben.

Engels: Stationäre kleinere Kundgebungen, sagen Sie. Das heißt, die Behörden sollen nur noch an einem Ort X eine Teilnehmerzahl von Y zulassen?

Kopelke: Absolut! Das gab es in der Vergangenheit. Das hatten wir auch in der Corona-Pandemie. Denn Sie sehen, die Versammlungsbehörden, die erlauben – und die Polizei muss am Wochenende in der Nacht diese Versammlungen prüfen, schützen. Das ist der rechtliche Auftrag. Und Sie sehen, dass der Zulauf so groß ist, dass wir Polizistinnen und Polizisten nicht an allen Stellen sofort sein können. Aber wenn wir dann Verbotenes feststellen, greifen wir hart durch. Und um da effektiver zu sein und die Kräfte in der gesamten Republik besser steuern und koordinieren zu können, kann man, glaube ich, mit solchen Auflagen das Versammlungsrecht schützen, aber der Polizei einen Bärendienst erweisen.

Engels: Aber wie würde das in der Praxis gehen? Sie haben auch selber gesagt und so war es auch am Wochenende, bei vielen Demonstrationen kamen mehr Menschen als ursprünglich angemeldet. Die Polizei hatte sich darauf vorbereitet, dass es mehr sind. Aber schauen wir doch mal: Wenn jetzt eigentlich nur mehrere hundert Teilnehmer kommen dürfen, aber es kommen dann doch mehr, dann müssen Sie als Polizei verhindern, dass sie sich dort versammeln. Und bringt das nicht wieder auch mehr Aggression in die ganze Veranstaltung, letztendlich das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollten?

Kopelke: Wenn Sie die Wochenenden sehen, dann sehen Sie große Menschenmengen, die sich durch die Städte bewegen, mobil sind, unterwegs sind. Bestimmte Situationen ergeben sich durch diese Mobilität. Der Hass gegen Jüdinnen und Juden kommt ja auch, weil bestimmte Gebäude gesehen werden, bestimmte Menschen. All das würde eingedämmt werden.

Natürlich können Sie den Zulauf von Versammlungen begrenzen. Sie können auch einen zweiten Ort anbieten und einen weiteren stationären Ort anbieten. Auch das ist polizeiliche Praxis der Vergangenheit. Die kommt hier aktuell nicht zur Anwendung. Insofern machen wir

uns nicht mehr Probleme, aber wir machen es für die Polizisten handelbarer. Denn der aktuelle Stand ist, in weniger als 48 Stunden muss die Polizei ein Großaufgebot auf die Beine stellen für diese aktuellen Versammlungen, kaum handelbar. Jetzt wollen wir mehr Planungssicherheit, kleinere Versammlungen, so kommen die Menschen besser zum Schutz. Und jetzt kommt das Entscheidende: Auch die verantwortlichen Versammlungsleitungen, die ja zuständig sind für ihre Versammlungsteilnehmer, hätten endlich mal eine Chance, auf ihre Personen einzuwirken, denn solange die das nicht tun, darf die Polizei auch nicht einschreiten.

Engels: Gerade in Nordrhein-Westfalen gab es schon relativ strenge Auflagen, was überhaupt erlaubt ist und was nicht, welche Flaggen gezeigt werden dürfen, welche Sätze auf Transparenten stehen dürfen und welche nicht. In Berlin gab es das auch. Da muss man dann mit Übersetzern arbeiten und das führt auf der anderen Seite auch dazu, dass die Polizei zum Teil in die Menge gehen musste, um Transparente zu beschlagnahmen. Können Sie solche detaillierten Auflagen überhaupt in der Praxis umsetzen und was macht das wiederum mit der Stimmung?

Kopelke: Ja, wir haben Dolmetscher-Fähigkeiten. Wir sehen verbotene Transparente. Das deutsche Recht ist so, dass die Polizei nicht sofort einschreiten darf, sondern es Aufforderungen gibt. Versammlungsleitungen müssen auf ihre Versammlungsteilnehmer einwirken. Aber die Polizei kann dann eingreifen. Aber als Polizist in eine Menschenmenge, das ist schon eine besondere Fähigkeit. Da haben wir spezielle Einheiten für. Aber trotzdem: Das ist ein ganz, ganz sensibles Feld, weil Sie damit gruppendynamische Prozesse auslösen. Deshalb kleine Versammlungen, stationär, Vorfeldkontrollen – dürfen wir Polizisten, Bundesverfassungsgerichtsurteile gibt es dazu. Dann gibt es diese Fahnen nicht, dann gibt es das, was die Menschen wollen, nämlich ihr Recht auf Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit nutzen, aber nicht diese widerlichen Straftaten und Skandalisierungen von Antisemitismus. Das darf es nicht geben!

Engels: Fühlen Sie sich denn jetzt dadurch, dass wir viele von diesen Versammlungen gesehen haben, als Polizei in die Position gedrängt, nun in einem Konflikt zu agieren, der eigentlich keiner der Polizei ist, sondern ein politischer?

Kopelke: Das ist nichts Neues für uns Polizisten. Alle weltweiten Konflikte haben mittlerweile Auswirkungen auf deutsche Straßen. Wir sehen das nicht nur in der jetzigen Phase; wir kennen das aus der Vergangenheit auch. Das einzige was neu ist, ist die Dimension der Mobilisierung, der absolut widerliche Antisemitismus und dadurch auch die Konsequenz, in der wir

einschreiten und arbeiten müssen. Alle meine Kolleginnen und Kollegen sind im Moment damit konfrontiert: Wochenende gestrichen, immer in den Dienst, Rufbereitschaften. Wir setzen hier alles in Bewegung, weil derzeit nicht kontrollierbar ist, welche Mengen auf den Straßen zu Tage kommen und Antisemitismus und anderes skandieren. Deswegen ist das schon eine besondere Herausforderung der Zeit.

Engels: Nun ist es ja so, dass Sie aus der Praxis heraus immer wieder offen zur Schau gestellten Antisemitismus sehen müssen bei diesen Demonstrationen. Können Sie als Polizei das wirklich wirksam eindämmen?

Kopelke: Eindämmen kann man das nur, wenn der Rechtsstaat sich durchsetzt. Das heißt, wir als Polizistinnen und Polizisten stellen den Verstoß fest, die Straftat, wir nehmen die Person fest, sie wird von der Versammlung ausgeschlossen – und dann muss auf dem Fuß die Strafe folgen. Berlin hat erste Beispiele dafür gebracht, dass das schnell geht. Aber im Moment sehen wir nicht, dass die Prozesse so klar mit Personal hinterlegt sind, dass wir ganz schnell Urteile haben und dadurch auch neue Handlungsmöglichkeiten, vielleicht auch den Ausschluss von Versammlungsteilnehmern. Deshalb ist es zurzeit schwer zu ertragen. Wir liefern und leisten alles, was wir können, aber es braucht mehr Akteure, die hier gemeinsam vorgehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.